

CVP-Familieninitiative | Die Walliser Nationalräte Christophe Darbellay und Mathias Reynard im Gespräch

«Familien stärken» vs. «Geschenke verteilen»



Für den Mittelstand. Nationalrat und CVP-Präsident Christophe Darbellay will mit der Familieninitiative endlich etwas für Familien und Mittelstand tun.



Für die Unterschicht. SP-Nationalrat Mathias Reynard kritisiert, dass von der CVP-Initiative nur reiche Familien profitieren.

FOTOS WB

Christophe Darbellay, die CVP entschuldigte sich beinahe, eine Initiative lanciert zu haben.

«Familien und Mittelstand sind CVP-Kerngeschäfte. Also mussten wir die Steuerbefreiung von Familienzulagen mit einer Volksinitiative vorbringen, weil sie im Parlament abgelehnt wurde.»

Sie fühlen sich aber wohl in der Rolle des Abstimmungskämpfers.

«Ja, es ist eine Riesenchance für die CVP, ihre Mitglieder und Wähler zu mobilisieren. Die Initiative ist aber nicht bloss 'L'art pour l'art'. Es geht um die Sache: Wir wollen, dass Kinder- und Ausbildungszulagen steuerfrei werden. Was ja übrigens ein Projekt ist, das im Wallis entstanden und bereits teilweise realisiert ist.»

Über die Erhöhung des Kinderabzugs.

«Genau. Darum verstehe ich den Widerstand hier im Kanton nicht. Das Parlament hat dem

liarden Franken. Hier reden wir von einem halben Prozent des Budgets – ein halbes Prozent für das Wichtigste, das es gibt: die Familie und den Mittelstand. 200 Millionen für den Bund und 750 Millionen für alle Kantone zusammen, das ist verkraftbar.»

Bei einem Ja sollen mehr Familien Anspruch auf Prämienverbilligungen oder Ausbildungsbeiträge haben. Dann würde aber noch mehr Geld fehlen.

«Das ist eine politische Frage. Wir müssen unsere Prioritäten kennen.»

Die Gegner monieren, dass vor allem besser verdienende Familien profitieren.

«Nur gerade sechs Prozent der Kinder sind in reichen Familien». Will man den über 90 Prozent der Familien mit mittleren und tiefen Einkommen etwas verwehren, nur weil auch ein paar wenige «Reiche» profitieren? Unsere Gegner sind primär

Die ärmeren Familien spüren indes gar nichts.

«Eine Familie in der Stadt Bern mit einem steuerbaren Einkommen von 50 000 Franken ist keine reiche Familie. Diese Familie hat am Ende des Jahres 1200 Franken mehr. Dazu kommt: Weil diese Familie ein tieferes steuerbares Einkommen hat, profitiert sie von Vergünstigungen. Beispielsweise bei den Krankenkassenprämien, Stipendien oder Kita-Tarifen.»

Inwiefern?

«Es ist eine grundsätzliche Frage, ob man Familien unterstützen will. Ein Kind zu kriegen, ist das Schönste – aber nicht gratis. Das erste Kind bringt für eine Familie einen Kaufkraftverlust von 40 Prozent. 60 Prozent beim Zweiten. Jeder spricht von Familienpolitik, doch wer macht etwas dafür?»

Und wenn das fehlende Geld wieder auf die Familien zurückfällt? Im Wallis hat man ja gesehen, wo zuerst gespart wird: in der Bildung, bei den Prämienverbilligungen und Stipendien.

«Das Wallis ist erstens gar nicht tangiert. Und wenn ich sehe, welche Ideen die Linken fürs Walliser Budget bringen, ist dies nicht familienfreundlicher – nur mehr Steuern und Abgaben sowie eine Senkung des Familienabzugs von 26 Millionen Franken, die genau der Steuerbefreiung der Kinder- und Ausbildungszulagen entsprechen. Die Initiative bringt für die Walliser damit auch Sicherheit.»

Doch wo soll diese Milliarde geholt werden?

«Was werden die Familien mit dieser Milliarde machen? Sicher nicht im Garten vergraben. 90 Prozent dieses Geldes fließen in den Konsum, in die Wirtschaft. So kommt das Geld indirekt auch über die Steuern zurück zum Staat. Die Schweiz kann sich diese Initiative mit Sicherheit leisten.»

Mathias Reynard, der SP wird im Abstimmungskampf über die CVP-Familieninitiative vorgeworfen, sie betreibe Parteipolitik zulasten der Sache selbst.

«Ganz und gar nicht. Wir sind nicht gegen die Initiative, weil sie von der CVP lanciert worden ist. In anderen Themen finden sich die SP und die CVP regelmässig. Die Familieninitiative ist aber schlichtweg schlecht.»

Das Gros der SP-Fraktion hat aber eine gleiche, parlamentarische Initiative von

die bisher keine direkte Bundessteuer bezahlt haben, erhalten aber keinen Tausender, die reichen Familien erhalten dagegen mehrere. Das geht doch nicht.»

Relativ gesehen erhalten die Familien mit höheren Einkommen aber einen geringeren Steuerabzug.

«Ja, aber das Geschenk, das man ihnen macht, ist im Vergleich mit dem Bedarf dieser Steuererleichterung enorm. Familien mit riesigen Einkommen brauchen dieses Geschenk nicht.»

«Die konkreten Auswirkungen sind schlecht»

Mathias Reynard

CVP-Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz im Jahr 2010 gutgeheissen.

«Ich persönlich war damals noch nicht im Nationalrat, vielleicht hätte ich dafür, vielleicht dagegen gestimmt. Man muss aber differenzieren: Wenn man eine parlamentarische Initiative annimmt, ist das erst der Anfang eines langen Prozesses. Dann kann man es für gut befinden, dass man etwas für Familien unternimmt, kann an der Vorlage aber noch einiges verbessern.»

Die Absicht der Initiative ist also eine gute?

«Genau, aber die konkreten Auswirkungen sind schlecht – mit dem Risiko, gar für die Familien negativ zu sein.»

Welches Risiko?

«Zwangsläufig werden die Familien mit höheren Einkommen bevorzugt. Zur Veranschaulichung: Es heisst, Familien sparen bei einer Annahme der Initiative eine Milliarde Franken. Das sind eine Million Tausend-Franken-Noten. Nun verteilt man diese Noten auf alle Schweizer Familien. Diejenigen mit tiefer Steuerrechnung,

Der Mittelstand wird indes auch entlastet.

«Was ist schon der Mittelstand? Im Wallis werden beispielsweise nur Familien entlastet, die die direkte Bundessteuer bezahlen. Das sind bloss 50 Prozent der Familien. Profitieren wird also nur der obere Mittelstand.»

Im Wallis sind Kinder- und Familienzulagen durch einen erhöhten Kinderabzug bereits quasi steuerfrei. Wäre das der richtige Weg für die ganze Schweiz?

«Dies kann auch keine Lösung sein. Meine Lösung würde bei den Kindergeldern, bei den Ausbildungsbeiträgen, beim Elternurlaub oder bei der kostenlosen Krankenversicherung für Kinder ansetzen. Und bei Letzterem ist die CVP dafür verantwortlich, dass diese Vorlage bachab gegangen ist.»

Laut Initianten würden mehr Familien in den Genuss von Ausbildungsbeiträgen oder Prämienverbilligungen kommen, da ihr steuerbares Einkommen verringert würde.

«Das sind leere Versprechungen. Heute haben wir im Kan-

ton geringere Steuereinnahmen, weil das Parlament die Steuern gesenkt hat. Wenn nun aber das Geld in der Staatskasse fehlt, kürzt man genau an diesen Orten, wie man im Wallis sehen konnte: bei den Stipendien, bei den Prämienverbilligungen. Und genau daran sieht man die Kehrseite der Initiative. Die Absicht ist gut, schlussendlich leiden aber die Familien darunter.»

Für Ihre Lösungsansätze ist in den Kantonskassen ebenfalls kein Geld vorhanden.

«Eine kostenlose Krankenversicherung für Kinder würde wirklich allen helfen. Der Rabatt wäre für alle Familien gleich gross und wäre für den Mittelstand verhältnismässig spürbarer als für die Oberklasse. Bei der CVP-Initiative ist es anders.»

Laut SRG-Umfrage tendiert auch die Mehrheit der SP-Wählerschaft zu einem Ja.

«Diese Umfrage wurde am Anfang der Kampagne gemacht. Wenn Sie ein sozialistischer Wähler sind und den Titel der Initiative lesen, sind Sie klar dafür. Langsam merken sie aber, dass dies Augenwischerei ist.»

Auch die Walliser Stimmbürger, die keine direkten Auswirkungen spüren?

«Ja. Staatsrat Maurice Torny hat ja gesagt, dass das Wallis bei einem Ja zur Initiative jährlich zwischen 800 000 und einer Million Franken verliert. Es ist ja auch bezeichnend, dass die Finanzdirektorenkonferenz die Initiative mit 22 zu 4 Stimmen abgelehnt hat – obwohl 13 CVPLer darunter sind.»

Hand aufs Herz: Sind Sie ein bisschen neidisch, dass Ihre Partei im Wahljahr nicht mit einer Volksinitiative mobilisieren kann?

«Sicher nicht. Und wenn die CVP an der Urne eine Ohrfeige kassiert, wird das kein Vorteil für die Wahlen sein.»

Interviews: Franco Arnold

«Die Schweiz kann sich diese Initiative mit Sicherheit leisten»

Christophe Darbellay

im Jahr 2008 zugestimmt. Seit-her müssen Kinder- und Ausbildungszulagen nicht versteuert werden. Die Initiative kostet das Wallis nichts.»

In der ganzen Schweiz würde eine Milliarde fehlen.

«Kinder- und Ausbildungszulagen belaufen sich auf fünf Milliarden. Das Geld kommt von der Wirtschaft, wovon eine Milliarde vom Staat abgezwickelt wird. Das ist ungerecht, weil Kinder- und Ausbildungszulagen keinen Lohn darstellen.»

Bund, Kantone und Gemeinden müssen aber dieses Loch stopfen.

«Die Budgets der Öffentlichkeit belaufen sich auf über 200 Mil-

Radikale und Linke. Wenn Radikale monieren, man würde Reiche beschenken, ist das etwas komisch.»

Und die Linke?

«Die Sozialisten haben der gleichen Vorlage in den Räten dreimal zugestimmt. Die SP betreibt jetzt einen billigen Wahlkampf auf dem Buckel der Familien. Linke Wähler sollen die nackten Zahlen anschauen. In Wirklichkeit lässt die SP die Familien im Stich.»

Welche Familien profitieren von der Initiative?

«Eine Million Familien in der Schweiz profitieren von der Initiative –, unabhängig vom Erwerbs- und Lebensmodell.»